

# EU-NACHRICHTEN

## KURZ & KNAPP

### Umwelt

EU-Kommission begrenzt Einsatz von Mikroplastik

>> 3

### Migration

Zehn-Punkte-Plan vorgelegt

>> 5

### Europa vor Ort

Genetik-Forschung mit Hilfe Künstlicher Intelligenz

>> 6

## UKRAINE

### Schutzstatus für Kriegsflüchtlinge soll verlängert werden

Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine sollen weiterhin und bis mindestens 4. März 2025 einen besonderen Schutzstatus in der EU erhalten. Die EU-Kommission hat den Mitgliedstaaten vorgeschlagen, die entsprechende Regelung zu verlängern. EU-Innenkommissarin Ylva Johansson sagte: „Der vorübergehende Schutz ist ein wichtiges Instrument, das das Leben vieler Menschen geprägt hat.“ Rund vier Millionen Menschen aus der Ukraine, die vor Russlands Angriffskrieg aus ihrem Land geflohen sind, genießen vorübergehenden Schutz in der EU. Etwa ein Viertel von ihnen ist in Deutschland. Sie können in der EU eine Arbeit aufnehmen und ihre Kinder zur Schule zu schicken. Die Mitgliedstaaten hatten die Richtlinie über vorübergehenden Schutz am 4. März 2022 aktiviert und bereits einmal bis zum März 2024 verlängert.

Schutz



Die Kommission unterstützt Investitionen in Deutschland, unter anderem in die Elektromobilität und den Ausbau der Ladeinfrastruktur.

© Shutterstock

## NEXTGENERATIONEU


### Deutschland beantragt rund vier Milliarden Euro

Die Bundesregierung hat bei der EU-Kommission den ersten Zahlungsantrag für Mittel aus dem europäischen Corona-Aufbaufonds NextGenerationEU gestellt: 3,97 Milliarden Euro. Der Aufbaufonds war im Dezember 2020 auf Initiative der EU-Kommission aufgelegt worden, um die Folgen der Corona-Pandemie zu meistern. In ihrer jüngsten Rede zur Lage der Union hatte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen betont: „Wir haben NextGenerationEU ins Leben gerufen – eine historische Errungenschaft, die Investitionen und Reformen im Umfang von 800 Milliarden Euro kombiniert und gute Arbeitsplätze für heute und morgen schafft.“

Kernstück von NextGenerationEU ist die Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF). Der Fonds beinhaltet einmalige Zuschüsse und zinsgünstige Kredite für die Mitgliedstaaten. Für Deutschland stellt die EU 28 Milliarden Euro an Zuschüssen bereit. Das sind 2,4 Milliarden Euro mehr als ursprünglich vorgesehen, weil nach dem russischen Angriff auf die Ukraine das zusätzliche RepowerEU-Kapitel aufgenommen wurde. In der Folge hat die Bundesregierung den Deutschen Aufbau- und Resilienzplan (DARP) angepasst, mit zusätzlichen Investitionen etwa in Elektromobilität und Ladeinfrastruktur. Der Plan umfasst auch die Wasserstoffforschung, Förderung der Mikroelektronik, die Entwicklung von

Impfstoffen sowie die Förderung der Kinderbetreuung und von Ausbildungsplätzen.

Mit Unterstützung der EU werden in Deutschland Projekte in mehreren Bereichen vorangetrieben:

 **Aufbau der Wasserstoff-Wirtschaft:** Wasserstoff gilt als umweltfreundlicher Energieträger der Zukunft. Er kann aus Wasser mit Strom aus Windkraft oder Solarenergie gewonnen werden. Das Programm REPowerEU zur Energiesicherheit und -unabhängigkeit der EU sieht den Ausbau der Wasserstoffwirtschaft in Europa vor. Das Ziel: Bis 2030 rund zehn Millionen Kubikmeter des Energieträgers in der EU zu erzeugen.

>>

“  
**Mit NextGenerationEU haben wir den Wirtschaftsmotor sofort wieder angeworfen.**  
 Ursula von der Leyen,  
 EU-Kommissionspräsidentin  
 ”

>>

## Zwischenbilanz

### 153,4 Milliarden Euro

wurden bislang aus dem Corona-Aufbaufonds NextGenerationEU an die Mitgliedstaaten ausbezahlt, davon 106,3 Milliarden Euro an Zuschüssen und 47,1 Milliarden Euro an Krediten. Das geht aus dem neuen [Zwischenbericht](#) der EU-Kommission hervor.

### 6 Millionen Menschen

in der EU erhielten demnach Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten, zudem wurden rund 1,4 Millionen Unternehmen in der EU unterstützt.

## Projekte vor Ort

Eine interaktive Karte der EU-Kommission zeigt Details zu geförderten Projekten in den einzelnen Mitgliedstaaten. Daten und Fakten sind im [NextGenerationEU Scoreboard](#) zusammengefasst, auch zu Deutschland.

Mit den Fördermitteln treibt die EU Wasserstoffprojekte in Deutschland mit 1,5 Milliarden Euro an. Neben neuen Pipeline-Verbindungen sollen an vier Standorten in Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern Produktionsstätten für Wasserstoff mit einer Elektrolyse-Leistung von 210 Megawatt entstehen. Zudem werden Forschungsprojekte rund um die Wasserstofftechnik vorangetrieben. So wird das Unternehmen Sunfire 1500+, das in Solingen und Dresden Geräte zur Wasserstoffherstellung entwickelt und produziert, aus Aufbaumitteln unterstützt. Das Karlsruher Institut für Technologie (KIT) erhält 8,1 Millionen Euro, unter anderem für Wasserstoff-Forschung.

▶ **Dekarbonisierung:** Mit Mitteln des Aufbaufonds wird die Umstellung der Wirtschaft auf klimafreundliche Herstellungsweisen forciert. Unter anderem fördert die EU ein Pilotprojekt der Salzgitter AG: *SALCOS* – kurz für Salzgitter Low CO2 Steelmaking. Das ist ein neues, klimafreundliches Verfahren zur Stahlerzeugung, bei dem Kohle durch Wasserstoff ersetzt wird. EU-Energiekommissarin Kadri Simson lobte bei einem Besuch der Pilotanlage: „Wasserstoff ist der Schlüssel zur vollständigen Dekarbonisierung unseres Energiesystems, neben Energieeffizienz, erneuerbaren Energien und Elektrifizierung.“

▶ **Digitalisierung:** Mit finanzieller Unterstützung der EU wird in Deutschland die Digitalisierung der Verwaltung vorangetrieben. So erhält die Deutsche Rentenversicherung Bund rund 12,4 Millionen Euro für den Aufbau der digitalen Rentenplattform ([Digitale Rentenübersicht](#)).

▶ **Aus- und Weiterbildung:** Knapp 500 Millionen Euro fließen in die Digitalisierung der Schulen, etwa in Endgeräte für Lehrkräfte. Auch der Aufbau digitaler Bildungsplattformen wird unterstützt.

▶ **Moderner Schienenverkehr:** Mit rund 500 Millionen Euro forciert die EU die Modernisierung der Bahninfrastruktur in Deutschland, hierzu gehört auch die Digitalisierung von Bahnstrecken. Das Projekt „Digitale Schiene“ setzt auf digitale Stellwerkstechnik, etwa entlang der Pilotstrecken Kleve-Kempen in Nordrhein-Westfalen und Wörth-Speyer in Rheinland-Pfalz.

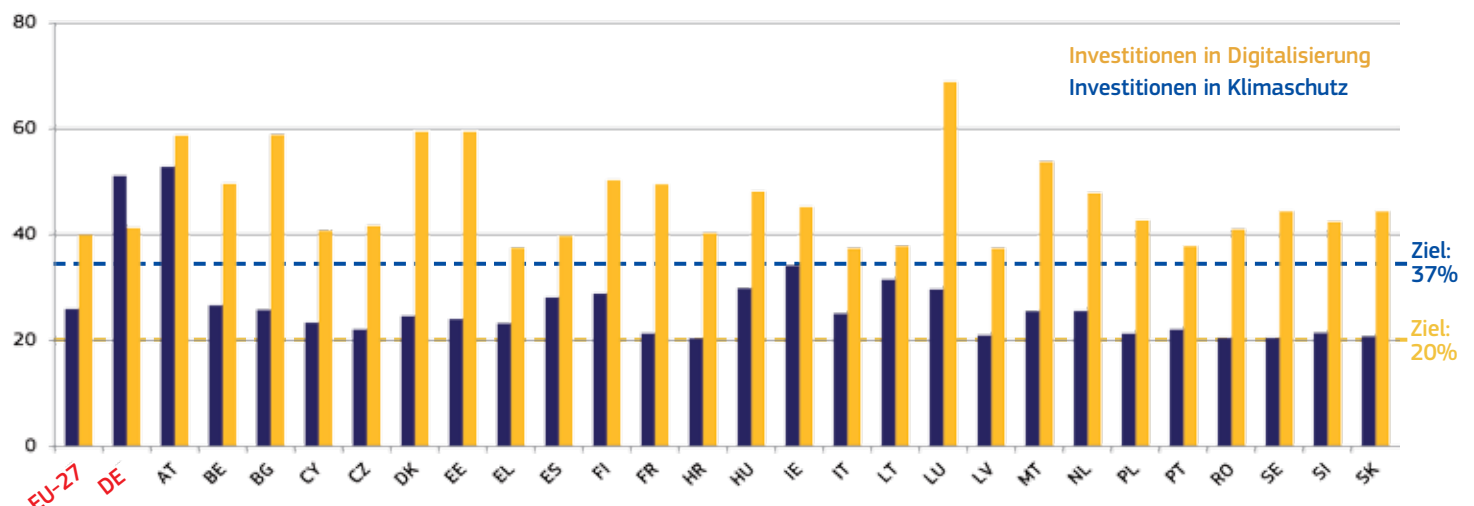
▶ **Ausbau der Elektromobilität:** Im Zuge des [europäischen Grünen Deals](#) haben sich Mitgliedstaaten und Europäisches Parlament im Juli darauf verständigt, an den wichtigen Verkehrsadern Europas alle sechzig Kilometer eine Ladeinfrastruktur für E-Autos aufzubauen. Mit Hilfe der EU wird der Ausbau der Ladesäulen in Deutschland vorangetrieben, auch im ländlichen Raum. Zudem wird der Kauf emissionsfreier Busse mit Elektro- und Wasserstoff-Antrieb unterstützt.

▶ **Resilienz des Gesundheitssystems:** Um Kliniken für die Anforderungen der Zukunft zu stärken, fließen rund drei Milliarden Euro in ein Investitionsprogramm zur Digitalisierung von Kliniken und rund 814 Millionen Euro in die Modernisierung der Gesundheitsämter in Deutschland. (pr)

[Investitionsprogramm](#)

## NextGenerationEU: Ausgaben der Mitgliedstaaten für den grünen und digitalen Wandel

(Anteil an den Ausgaben der nationalen Aufbau- und Resilienzpläne; Zwischenbericht von 2023)



Quelle: EU-Kommission

## ■ UMWELT

# EU-Kommission begrenzt Einsatz von Mikroplastik

Mikroplastik findet sich in Meeren und Flüssen, an Land, in Lebensmitteln und im Trinkwasser. Den Einsatz von diesen Partikeln schränkt die EU-Kommission jetzt ein. Untersagt ist künftig der Verkauf der Partikel als solche. Auch Waren, denen Mikroplastik zugesetzt werden, die später in die Umwelt gelangen können, darf es nicht mehr geben.

Dazu gehören auch Kosmetika. EU-Umweltkommissar Virginijus Sinkevičius sagte: „Die heutige Beschränkung betrifft sehr kleine Partikel, sie ist aber ein großer Schritt zur Verringerung der vom Menschen verursachten Umweltverschmutzung.“ In ihrem [Null-Schadstoff-Plan](#) hatte die EU-Kommission das Ziel ausgegeben, die Verschmutzung durch schädliche Mikroplastik-Partikel bis 2030 um 30 Prozent zu verringern. Die neue Regelung betrifft viele Alltagsprodukte: von Kosmetika bis zum Granulat auf Sportflächen mit Kunstrasen.

Beschränkt werden alle synthetischen Polymer-Partikel mit einem Durchmesser von weniger als 5 Millimeter, die organisch, unlöslich und

schwer abbaubar sind. Ziel ist es, die Emissionen von gezielt verwendetem Mikroplastik zu verringern. In besonderen Fällen können Ausnahmeregelungen und Übergangsfristen greifen. Die kleinen Partikel können – wie bei Autoreifen – durch Abrieb entstehen, sie können auch – wie bei Kosmetika – gezielt zugesetzt werden.

[Mikro-Partikel](#)



© Shutterstock

## ■ BERICHT

# Deutschland holt bei der Digitalisierung langsam auf

Deutschland zieht bei der Digitalisierung im Vergleich mit anderen Mitgliedstaaten nach, liegt in vielen Bereichen aber weiter unter dem EU-Durchschnitt. Das geht aus dem ersten [Bericht](#) der EU-Kommission zur so genannten digitalen Dekade hervor. So liegt die Glasfaserabdeckung bis zu den Endverbrauchern mit 19 Prozent weit unter dem EU-Durchschnitt von 56 Prozent. Der Anteil der Bevölkerung mit grundlegenden digitalen Fähigkeiten beträgt 49 Prozent, fünf Punkte unter dem Mittelwert der EU-Staaten. Deutschland lasse viele Möglichkeiten der Digitalisierung ungenutzt, notiert die Länderanalyse.

Positiv werden unter anderem die Forschung in Quanten-Computer sowie der überdurchschnittliche Anteil von IT-Fachkräften an der Gesamtzahl der Beschäftigten bewertet (Deutschland 5,0 Prozent, EU-Mittel 4,6 Prozent). Die EU-Kommission hat die Jahre bis 2030 zur digitalen Dekade ausgerufen, dazu gehören der Ausbau der digitalen Infrastruktur in Europa und die Qualifizierung der Bevölkerung mit digitalen Fähigkeiten.

[Digitale Dekade](#)

## ■ DATENSCHUTZ

# Millionenstrafe gegen Online-Dienst TikTok

Die irische Datenschutzkommission DPC hat gegen TikTok eine Strafe von 345 Millionen Euro verhängt. Die vor allem bei Jugendlichen beliebte Internet-Plattform hat nach Erkenntnissen der DPC beim Umgang mit Daten von Minderjährigen gegen die europäischen Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) verstoßen. Die Profile seien unrechtmäßig zugänglich gewesen. TikTok gehört zum chinesischen Unternehmen ByteDance, die europäische Hauptniederlassung hat ihren Sitz in Irland. Deshalb ist die DPC für die Einhaltung der europäischen Regeln zuständig. Die Behörde hatte im September 2021 eine

Untersuchung gegen TikTok eingeleitet und dabei den Zeitraum von Sommer bis Ende 2020 untersucht. Die Plattform hat in der EU derzeit mehr als 130 Millionen Nutzer. Das Unternehmen kündigte Berufung gegen den Strafbescheid an. Die Datenschutzgrundverordnung greift seit 2018. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen betonte in ihrer Rede zur Lage der Union: „Wir haben den Weg für den digitalen Wandel geebnet und sind weltweit Vorreiter bei den Online-Rechten.“

[Datenschutz](#)

## ■ PREIS FÜR BIO-UNTERNEHMEN

# Biohof aus Schleswig-Holstein bekommt EU Organic Award

Der Biohof Gut Wulksfelde im schleswig-holsteinischen Tangsfelde nahe Hamburg ist „Bester Bio-Lebensmittelhändler in Europa“. Bei der Preisverleihung der EU Organic Awards in Brüssel sagte Hauke Rüböldt, Geschäftsführer des Guts: „Wir finden, dass Bio-Landwirtschaft der richtige Weg ist für die Zukunft der Landwirtschaft.“ Gut Wulksfelde wird seit 1989 biologisch betrieben. Zum knapp 500 Hektar großen Biohof gehören eine Gärtnerei, eine Bäckerei, ein Bio-Restaurant sowie

ein 600 Quadratmeter großer Hofladen. Zudem unterhält das Gut einen eigenen Lieferservice für Bio-Produkte. Die EU Organic Awards der EU-Kommission wurden zum zweiten Mal verliehen. Die Auszeichnung würdigt vorbildliche Bio-Unternehmen in Europa. Die Gewinner wurden aus rund 100 Bewerbungen für insgesamt sieben Kategorien ermittelt.

[Auszeichnung](#)

## Von der Leyen wirbt für Erneuerbaren-Pakt zur Klimakonferenz COP28

Die EU-Kommission unterstützt die Initiative von UN-Generalsekretär António Guterres, die Ziele für nachhaltige Entwicklung energischer voranzutreiben. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen sagte vor der UN-Vollversammlung in New York, die Länder des globalen Südens benötigten „mehr Ressourcen, um Menschen aus der Armut zu befreien und den Übergang zu einer umweltfreundlicheren, gerechteren Wirtschaft zu schaffen.“



EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen setzte sich in ihrer Rede vor der UN-Vollversammlung für einen nachhaltigen Wandel ein.

© European Union 2023

### Charta zum Schutz der offenen See unterzeichnet

Am Rande der Vollversammlung unterzeichnete EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen das Abkommen über Biologische Vielfalt in Gebieten außerhalb nationaler Hoheitsgebiete – Biodiversity Beyond National Jurisdiction (BBNJ), auf das sich die UN im März dieses Jahres verständigt hatte. Wenn das Abkommen von mindestens 60 Staaten ratifiziert ist, können großflächige Schutzgebiete auf Hoher See entstehen. Und es kann untersucht werden, wie sich wirtschaftliche Tätigkeiten auf die biologische Vielfalt auswirken. Von der Leyen sprach von einer wegweisenden Übereinkunft.

### DIE EU ALS BEISPIEL

Die Nachhaltigkeitsziele - Sustainable Development Goals (*SGD*) - der UN beinhalten 17 politische Zielmarken für 2030: Das reicht von Armutsbekämpfung über hochwertige Bildung bis zu einer nachhaltigen Wirtschaft. Mit rund 93 Milliarden Euro haben die EU und ihre Mitgliedstaaten rund 40 Prozent der weltweiten Entwicklungshilfe gestemmt. Von der Leyen warb bei ihren Auftritten in New York dafür, bei Klimaschutz und Nachhaltigkeit im globalen Süden private Investoren miteinzubeziehen. Sie sagte: „Öffentliche Gelder aus großen Volkswirtschaften – so wichtig sie auch sein mögen – reichen einfach nicht aus. Wir müssen noch enger mit der Privatwirtschaft zusammenarbeiten.“

Die Präsidentin stellte die EU als beispielgebend für einen nachhaltigen Wandel vor. Unter anderem betonte sie:

▶ **Global Gateway:** Im Dezember 2021 brachte die EU-Kommission diese Initiative auf den Weg. *Global Gateway* soll nachhaltige Infrastrukturprojekte in aller Welt vorantreiben. Von der Leyen erläuterte, die EU investiere bis 2027 rund „300 Milliarden Euro in den Entwicklungsländern – in erneuerbare Energien, den Ausbau der Gesundheitssysteme, hochwertige Bildung, umweltfreundliche Verkehrsmittel und natürlich in digitale Lösungen“. So forciert die gemeinsame Plattform *Digital4Development* von EU und Afrikanischer Union (AU) den Ausbau der digitalen Infrastruktur in Afrika. Die EU-Mittel stoßen auch private Investitionen an.

▶ **CO2-Bepreisung:** Die EU hat 2005 ein Emissionshandelssystem für Kohlendioxid eingeführt: European Union Emissions Trading System (*ETS*). Zunächst für Energiebetriebe und Industrie, später auch für andere Bereiche. Die Idee: Das Klimagas

mit einem Preis zu belegen und so Anreize für Innovationen und zur Verringerung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes zu schaffen. Die Einnahmen aus dem Handelssystem fließen in Klimaprojekte. Allein im vergangenen Jahr hat die CO<sub>2</sub>-Bepreisung laut von der Leyen der EU „38 Milliarden Euro eingebracht. Und diese Mittel investieren wir zu 100 Prozent in Klimaschutzmaßnahmen.“ Die Präsidentin warb für eine Einführung der CO<sub>2</sub>-Bepreisung in anderen Regionen und erläuterte: „Die CO<sub>2</sub>-Bepreisung ist eine der effizientesten und wirksamsten Klimaschutzmaßnahmen.“

▶ **Grüne Anleihen:** Die EU-Kommission legt Green Bonds auf, das sind Anleihen, deren Einnahmen ausschließlich in grüne und nachhaltige Projekte fließen. Das garantiert ein *Green Bond Standard*. Von der Leyen sagte: „Wir wollen dieses Know-how mit den Entwicklungsländern teilen, damit sie eigene Märkte für grüne Anleihen aufbauen können.“ Zudem wird die EU 1 Milliarde Euro in grüne Anleihen von Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen investieren.

### ERNEUERBAREN-ZIELE FÜR COP28 IN DUBAI

Mit Blick auf die Weltklimakonferenz *COP28* in Dubai rief von der Leyen zu einem Pakt für Erneuerbare und Energieeffizienz auf. Das Ziel: eine Vereinbarung darüber, dass der Ausbau der Erneuerbaren verdreifacht und die Energieeffizienz verdoppelt wird. Wenn wir den Temperaturanstieg auf 1,5 Grad Celsius beschränken wollen, dann müssen wir die globale Wende hin zu sauberen Energien voranbringen“, sagte von der Leyen. Die COP28 tagt vom 30. November bis 12. Dezember in Dubai.

*Entwicklungskooperation*

■ MIGRATION

## Von der Leyen legt Zehn-Punkte-Plan für Lampedusa vor

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat einen Zehn-Punkte-Plan zur Migrationssteuerung vorgelegt. Der Plan soll Italien dabei unterstützen, den hohen Zustrom von Migranten zu bewältigen. Zugleich mobilisierte die EU-Kommission 127 Millionen Euro für eine engere Zusammenarbeit mit Tunesien im Rahmen der gemeinsamen Absichtserklärung („Memorandum of Understanding“). Dabei spielt auch die Zusammenarbeit im Bereich der Migration eine wichtige Rolle, etwa bei der Bekämpfung der Schleusernetze.

Bei einem gemeinsamen Besuch mit Italiens Ministerpräsidentin Giorgia Meloni auf der Mittelmeerinsel Lampedusa erklärte von der Leyen: „Viele verschlägt es nach Lampedusa – ganz einfach aufgrund der geografischen Lage der Insel.“ Sie betonte: „Einwanderung ist eine europäische Herausforderung, dafür braucht es eine europäische Antwort und Lösung.“



Migrantinnen und Migranten auf der italienischen Insel Lampedusa.

© Shutterstock

Der Zehn-Punkte-Plan für Lampedusa umfasst unter anderem:

**▶ Unterstützung Italiens:** Die Initiative sieht europäische Hilfen für Italien bei der Bewältigung der aktuellen Lage vor. Von der Leyen erläuterte, die europäische Grenzschutzagentur Frontex und die Asylagentur der Europäischen Union (EUAA) „können bei der Registrierung von Neuankömmlingen, der Abnahme von Fingerabdrücken helfen“. Die Präsidentin rief die Mitgliedstaaten auf, über den freiwilligen Solidaritätsmechanismus Migranten aus Lampedusa aufzunehmen. Vor allem Frauen und Kinder.

**▶ Schnelle Rückführung:** „Personen, die keinen Anspruch auf Asyl haben, müssen die Europäische Union verlassen“, stellte von der Leyen klar. So soll Margaritis Schinas, Vizepräsident der EU-Kommission, in Herkunftsländer reisen, um dort über eine schnelle Rückführung von nicht asylberechtigten Personen in ihr Herkunftsland zu verhandeln. Zudem soll die Grenzschutzbehörde Frontex Italien bei der Rückführung von Migranten unterstützen.

**▶ Vorgehen gegen Schleuser:** Von der Leyen kündigte ein konsequentes Vorgehen gegen Menschenhändler an und stellte klar: „Wir entscheiden, wer unter welchen Umständen in die Europäische Union kommt – und nicht die Schleuser und Menschenhändler.“ Der Vorschlag umfasst auch eine bessere Kontrolle der EU-Außengrenze. So stellt die Grenzschutzagentur im Rahmen der EU-Operation Themis zusätzliche Luftbilder zur Verfügung, darüber hinaus wurden zusätzliche Frontex-Fachleute nach Italien entsandt. Der Plan sieht zudem eine engere Zusammenarbeit mit Tunesien beim Vorgehen gegen irreguläre Migration vor. So sagte die EU-Kommission 127 Millionen Euro zu, unter anderem für die bessere Ausstattung der tunesischen Küstenwache. Die im Juli unterzeichnete Absichtserklärung mit Tunesien umfasst neben der

Zusammenarbeit im Bereich Migration auch Kooperationen in Wirtschafts- und Handelsfragen, bei der Energiewende sowie zwischenmenschliche Kontakte.

**▶ Legale Wege der Migration:** Um Menschen von der gefährlichen Überfahrt über das Mittelmeer abzuhalten, sieht die Initiative der EU-Kommission auch vor, legale Migration in die EU zu fördern. Von „echten Alternativen“ sprach von der Leyen und nannte die Aufnahme von Menschen aus humanitären Gründen. Die Präsidentin betonte, „das wirksamste Mittel gegen die Lügen der Schleuserbanden sind legale Wege und humanitäre Korridore.“ Denn eines sei sicher, so von der Leyen: „Je besser wir die legale Migration bewerkstelligen, um so strikter können wir gegen irreguläre Migration vorgehen.“

### ABSCHLIESSENDE BERATUNGEN ÜBER ASYLPAKET

Im Juni hatten sich die Mitgliedstaaten auf eine grundlegende Reform der Asyl- und Migrationspolitik der EU verständigt. Die Übereinkunft beinhaltet unter anderem schnellere Verfahren an den EU-Außengrenzen. Zudem sind gemeinsame Standards bei der Bearbeitung von Asylanträgen in der EU vereinbart. Nun stehen die abschließenden Beratungen mit dem Europäischen Parlament über das Gemeinsame Europäische Asylsystem (GEAS) an. Von der Leyen drängte vor einem Treffen der Innenministerinnen und -minister der Mitgliedstaaten in Brüssel auf eine schnelle politische Einigung.

Grundlage für die Einigung der Mitgliedstaaten bildet das Asyl- und Migrationspaket, das die EU-Kommission im September 2020 vorgelegt hatte.

Migrationssteuerung

# Henrike Heyne erforscht in Potsdam genetische Grundlagen von Krankheiten – mit Hilfe von Künstlicher Intelligenz

Henrike Heyne kann die schwierige Fragestellung ihrer Forschungsarbeiten sehr einfach erklären. Die Wissenschaftlerin am Hasso-Plattner-Institut (HPI) in Potsdam sagt: „Grob zusammengefasst geht es darum, die genetischen Grundlagen von Krankheiten zu ermitteln.“



“  
Die EU setzt einen wahrhaft historischen Schritt auf dem Weg zur digitalen Gesundheitsversorgung.  
Stella Kyriakides,  
EU-Gesundheitskommissarin  
”

Künstliche Intelligenz kann dabei helfen, das Zusammenspiel von genetischen Faktoren und Umwelteinflüssen bei der Entstehung von Krankheiten zu entschlüsseln.

© Shutterstock

Computergestützte Genetik heißt die Forschungsdisziplin, auf die sich die Medizinerin in ihrer Promotion am Leipziger Max-Planck-Institut für evolutionäre Biologie von Nobelpreisträger Svante Pääbo spezialisiert hat. Denn Erkrankungen sind oft bedingt durch ein komplexes Zusammenspiel verschiedener Gen-Defekte. Manche Krankheiten wie das Nervenleiden Huntington lassen sich auf eine Gen-Mutation zurückführen. Für viele andere Erkrankungen ist das schwieriger. Heyne sagt: „Nehmen wir zum Beispiel das Vorhofflimmern, bei dem das Herz unregelmäßig schlägt. Dafür gibt es genetisch bedingte Dispositionen. Hinzu kommen aber auch Umwelteinflüsse.“ Sprich Faktoren von außen wie Rauchen, zu viel Alkohol oder zu wenig Bewegung, die das Herzrasen begünstigen können.

## MIT KI GENETISCHE DEFEKTE VERSTEHEN

Henrike Heyne und Forscherkollegen wie Christian Lippert versuchen am Potsdamer Hasso-Plattner-Institut, das komplexe Zusammenspiel zwischen Genen und Umwelteinflüssen zu ergründen. Mit Hilfe Künstlicher Intelligenz werden dafür riesige Mengen von Patientendaten ausgewertet. Von Polygenic Risk Scores – frei übersetzt Risikowerte bedingt durch das Zusammenspiel oft tausender kleiner genetischer Effekte – sprechen Fachleute wie Heyne. Die Forscherin erläutert: „Das ist wie bei einem Fass, in das viele Tropfen fallen. Irgendwann läuft das Fass über. Wir schauen nicht nur auf den letzten Tropfen, wir interessieren uns auch für das komplexe Zusammenspiel davor.“

Die EU unterstützt die Potsdamer Forschungsarbeiten. Europaweit werden im Rahmen des Forschungsprogramms Horizont 2020 rund 10,4 Millionen Euro bereitgestellt. *INTERVENE* heißt der europäische Forschungsverbund, bei dem Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in mehreren europäischen Ländern von Finnland über Deutschland,

Belgien und den Niederlanden bis nach Italien zusammenarbeiten. Das Ziel: Die Zusammenhänge von Krankheiten zu ermitteln. Und aus den Daten gegebenenfalls für Individuen eine maßgeschneiderte Gesundheitsempfehlung (oder auch Therapie) zu entwickeln. Von personalisierter Medizin spricht die Wissenschaft.

## EUROPÄISCHER RAUM FÜR GESUNDHEITSDATEN

Dabei bedarf es nicht allein großer Rechnerleistungen und Künstlicher Intelligenz, um die Daten zu durchforsten, sondern auch großer Datenmengen. Einzelne EU-Mitgliedstaaten wie Finnland oder Estland haben bereits so genannte Bio-Banken, in denen mit Zustimmung der Erkrankten Patientendaten anonymisiert gesammelt werden. Um die Forschung zu erleichtern und enger zu vernetzen, schlug die EU-Kommission im vergangenen Jahr vor, einen europäischen Raum für Gesundheitsdaten zu schaffen. Stella Kyriakides, EU-Kommissarin für Gesundheit, sagte: „Diese Daten, auf die unter Gewährleistung strikter Garantien für den Schutz der Privatsphäre und der Sicherheit zugegriffen wird, werden auch für Wissenschaftler, Forschende, Innovatoren und politische Entscheidungsträger, die an künftigen lebensrettenden Behandlungsmethoden arbeiten, von hohem Wert sein.“

Auf den Schutz der Privatsphäre der Kranken verweist auch Henrike Heyne. Sie hat in den USA und in Finnland geforscht. Mit Kolleginnen und Kollegen der finnischen Bio-Bank arbeitet Heyne auch von Potsdam aus im INTERVENE-Programm zusammen. Sie sagt zum Vorteil der europäischen Zusammenarbeit: „Es ist toll, sich mit anderen Forscherinnen und Forschern zu vernetzen und nicht nur Daten zu teilen, sondern auch die Lösungen.“ (pr)

[Gesundheitsdaten](#)

## Europa in Zahlen

# 86

Prozent der Menschen in Deutschland befürworten die Initiativen für eine gemeinsame europäische Energiepolitik, die die EU-Kommission nach dem russischen Überfall auf die Ukraine eingeleitet hat. Europaweit sind es sogar 87 Prozent, wie eine Eurobarometer-Umfrage in den Mitgliedstaaten der EU ergab. Unmittelbar nach der russischen Invasion in der Ukraine hatte die EU-Kommission mit dem Programm *REPowerEU* eine Reihe von Vorschlägen zur Energiesicherheit vorgelegt. 82 Prozent der Europäerinnen und Europäer begrüßen die gemeinsame Beschaffung von Erdgas auf dem Weltmarkt über eine *gemeinsame Einkaufsplattform* der Mitgliedstaaten (Deutschland 79 Prozent). 90 Prozent der Menschen in Deutschland befürworten den Vorschlag, einen *Mindestfüllstand* der Gasspeicher in Europa einzuführen (vier Punkte mehr als im EU-Durchschnitt).

Um die Energieversorgung der Menschen über die Wintermonate zu sichern, hatte die EU auf Initiative der Kommission beschlossen, dass die Gasspeicher in Europa zu Beginn der Heizperiode am 1. November mindestens eine Füllmenge von 95 Prozent erreichen müssen. In Deutschland wurde diese Zielvorgabe für den Füllstand bereits Ende September erreicht.

*Energiebarometer*

## Terminvorschau

DATUM	THEMA	ORT	KONTAKT
> 05.10.2023 18.30–20.30 Uhr	„Stadt, Land, Europa?! Rathausgespräch Stadtoldendorf“ Informationsveranstaltung <b>Veranstalter:</b> Europa-Union Deutschland e.V.	Altes Rathaus Stadtoldendorf Bei der Kirche 1 <b>37627 Stadtoldendorf</b>	<a href="http://www.europa-union.de/buergerdialoge/veranstaltungen/rathausgespraech-stadtoldendorf">www.europa-union.de/buergerdialoge/veranstaltungen/rathausgespraech-stadtoldendorf</a>
> 09.10.2023 16.00–18.00 Uhr	„Europawahl meets Europawochen 2024“ Netzwerktreffen <b>Veranstalter:</b> EuropaPunktBremen	EuropaPunktBremen Am Markt 20 <b>28195 Bremen</b>	<a href="https://europapunktbremen.de/events/4807/">https://europapunktbremen.de/events/4807/</a>
> 10.10.2023 17.00–20.30 Uhr	„Mein Erasmus+ Moment“ Vernissage <b>Veranstalter:</b> Erasmus+ Koordinierungsstelle Bremen	EuropaPunktBremen Am Markt 20 <b>28195 Bremen</b>	<a href="https://europapunktbremen.de/events/mein-erasmus-moment-vernissage-zu-erasmus-in-bremen-und-bremerhaven/">https://europapunktbremen.de/events/mein-erasmus-moment-vernissage-zu-erasmus-in-bremen-und-bremerhaven/</a>
> 10.10.2023 18.30–19.30 Uhr	„Der digitale Euro – Eine Währung für das digitale Zeitalter?!“ Bürgerdialog <b>Veranstalter:</b> Europa-Union Deutschland e.V.	Online	<a href="http://www.europa-union.de/buergerdialoge/veranstaltungen/buergerdialog-digitaler-euro">www.europa-union.de/buergerdialoge/veranstaltungen/buergerdialog-digitaler-euro</a>
> 10.10.2023 19.0–21.00 Uhr	„9. Mai 1950 – Die Geburtsstunde Europas“ Lesen zu Europa <b>Veranstalter:</b> Europa-Union Saar	Restaurant Jules Verne Mainzer Straße 39 <b>66111 Saarbrücken</b>	<a href="http://www.saarbruecken.de/leben_in_saarbruecken/veranstaltungen-kalender/veranstaltungs_detailseite/event-64d2267e3fcc4/">www.saarbruecken.de/leben_in_saarbruecken/veranstaltungen-kalender/veranstaltungs_detailseite/event-64d2267e3fcc4/</a>
> 13.10.2023 16.00–17.30 Uhr	„EU-Ukraine-Politik – Unterstützung der EU für die Ukraine“ Verleihung des Europäischen Bürgerpreises 2023 und Diskussion <b>Veranstalter:</b> Verbindungsbüro des Europäischen Parlaments in Deutschland	Europäisches Haus Unter den Linden 78 <b>10117 Berlin</b>	<a href="http://www.vk-event.eu/buergerpreis-2023">www.vk-event.eu/buergerpreis-2023</a>

>> Alle Termine zum Nachlesen und Anklicken finden Sie auch noch einmal hier: [<<](https://ec.europa.eu/germany/news/eu-nachrichten_de)

## IMPRESSUM

© Europäische Union, 2023

**Herausgeber:**

**Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland:**

Leitung: Jörg Wojahn  
Unter den Linden 78 • 10117 Berlin • Tel: 030-22 80 20 00 • Fax: 030-22 80 22 22  
E-Mail: eu-de-kommission@ec.europa.eu • Internet: www.eu-kommission.de

**Regionalvertretung in Bonn:**

Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 • 53111 Bonn • Tel: 0228-530 09-0 • Fax: 0228-530 09 50

**Regionalvertretung in München:**

Bob-van-Benthem-Platz 1 • 80469 München • Tel: 089-24 24 48-0 • Fax: 089-24 24 48 15

**Redaktion & Grafik:**

Birgit Schmeitzner, Gabriele Imhoff (EU-Kommission)  
Peter Riesbeck, Armin Kalbfleisch, Marion Gladzewski  
MBI Martin Brückner Infosource GmbH & Co. KG • Rudolfstraße 22-24  
• 60327 Frankfurt am Main • E-Mail: cp.contact@mbi-infosource.de

**Haftungsausschluss:**

Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwortlich. Jegliche Haftung wird abgelehnt. Die EU-Nachrichten geben nicht in jedem Fall die Haltung der Kommission wieder und binden die Kommission in keiner Weise. Die Wiedergabe mit Quellenangaben ist vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen gestattet.



Vertretung in Deutschland

Diskutieren Sie mit uns auf Facebook



und folgen Sie uns auf Twitter



## ■ HAVE YOUR SAY

### Umfrage zum Bildungsprogramm Erasmus+

Wie gut funktioniert das Flaggschiff der EU im Bereich Bildung und was sollte sich künftig ändern? Kommentare und Anregungen können Interessierte bei einer öffentlichen Konsultation zu Erasmus+ abgeben. Die Ergebnisse werden dann in die Bewertung der Europäischen Kommission einfließen, wie wirksam, effizient und relevant das EU-Bildungsprogramm ist und wie es mit der Kohärenz und dem Mehrwert aussieht. Bis zum 8. Dezember können alle Interessierten ihre Meinung zu Erasmus+ äußern, Vorschläge machen und damit die Zukunft des Programms mitgestalten.

Parallel zu dieser Konsultation werden auch über andere Wege Daten für die Bewertung erhoben: z. B. in Umfragen, Interviews, Fallstudien, Datenanalysen sowie Analysen sozialer Medien.

[Umfrage zu Erasmus+](#)



© European Union, 2023

## ■ NEUES PORTAL

### Auslandsaufenthalte in der Ausbildung

Zum Ausbildungsbeginn 2023 ist das neue Service-Portal Auslandsberatung-Ausbildung.de an den Start gegangen. Der Beratungsservice der Nationalen Agentur beim Bundesinstitut für Berufsbildung richtet sich an Betriebe, Berufsschulen und Kammern. Er bietet Informationen rund um Auslandsaufenthalte in der Ausbildung, über Chancen, Rahmenbedingungen und konkrete Planungsschritte – anschaulich gemacht durch Praxisbeispiele. Der integrierte Stipendienfinder bündelt zudem alle Förderprogramme, die Auslandsaufenthalte in der Berufsbildung finanzieren. Doch nicht nur Auszubildende können von Auslandsaufenthalten profitieren. Auch Ausbilderinnen, Ausbilder und Lehrkräfte beruflicher Schulen können ins Ausland gehen und sich dort weiterbilden – auch dazu informiert das neue Portal.

Auslandsberatung-Ausbildung.de ist ein kostenfreies und unabhängiges Angebot der Nationalen Agentur und wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert.

[Auslandsberatung](#)

## ■ EUROPÄISCHER WETTBEWERB 2023

### Grenzen ziehen und überbrücken

Beim [Europäischen Wettbewerb](#) für das Schuljahr 2023/24 geht es um Grenzen: von den eigenen und zwischenmenschlichen über die politischen oder geografischen bis hin zu den Himmelsgrenzen dieser Erde. Die Frage an die Schülerinnen und Schüler lautet: Wo zieht ihr Grenzen, wo reißt ihr sie ein? Welche überbrückt ihr und welche findet ihr wichtig? Insgesamt 13 Aufgaben für vier Altersgruppen stehen zur Wahl. Für die Umsetzung können die Teilnehmenden ihren persönlichen Interessen folgen: Ob Bild, Text oder Video, selbst komponierter Hip Hop, Plakatserie oder Poetry Slam – der Fantasie sind keine Grenzen gesetzt. In ihren kreativen Werken soll gezeigt werden, welche Grenzen in Europa, in den Köpfen oder für die eigene Persönlichkeit wichtig, richtig oder deplatziert sind.

Interessierte Lehrkräfte können sich für eine der 90-minütigen Online-Fortbildungen am 11. Oktober und 8. November anmelden. Dort werden alle Fragen rund um die Teilnahme beantwortet und konkrete Beispiele vorgestellt, wie die Aufgaben im Unterricht bearbeitet werden könnten.

[Europäischer Wettbewerb 2023](#)

## ■ ÖFFENTLICHE KONSULTATION

### Wie nachhaltig sind Finanzentscheidungen?

Wie nachhaltig eine Anlage ist und welche Informationen deren Vermittler, wie z. B. Vermögensverwalter, den Anlegern zur Verfügung stellen müssen – das legt die Verordnung über nachhaltigkeitsbezogene Offenlegungspflichten im Finanzwesen (SFDR) fest. Sie gilt seit März 2021, soll für mehr Transparenz auf dem Markt sorgen und Anlegern ermöglichen, fundierte Entscheidungen zu treffen. Werden diese Ziele erreicht? Für eine Bewertung hat die Europäische Kommission eine öffentliche Konsultation gestartet.

Im Dezember 2022 hatte Finanzkommissarin Mairead McGuinness eine umfassende Bewertung des Rahmens angekündigt, um mögliche Mängel zu untersuchen. Der Schwerpunkt liegt auf der Rechtssicherheit, der Nutzbarkeit der Verordnung sowie darauf, ob sie gegen Greenwashing hilft. Einzelpersonen und Organisationen können bis zum 15. Dezember über einen Online-Fragebogen ihre Einschätzungen abgeben.

[Öffentliche Konsultation](#)



© Europäische Bewegung Deutschland